

Evangelische Verantwortung

Was ist Zukunft?

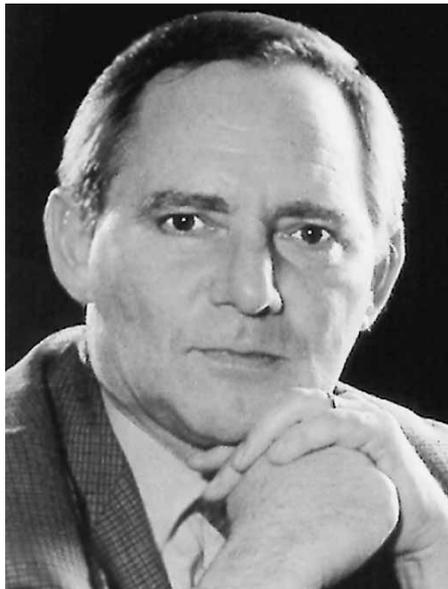
Leitprinzipien zur Gestaltung der Zukunft

Dr. Wolfgang Schäuble

Wir wissen so wenig wie andere, wie sich im einzelnen die Zukunft darstellen wird. Wir müssen stetig ins Offene und Ungewisse gehen. Auf viele Fragen, die die Menschen bedrängen – Arbeitslosigkeit, soziale Gerechtigkeit, Kriminalität, Wanderungsbewegungen, Umweltschäden – gibt es keine endgültigen Antworten. Aber es lassen sich ‚Prinzipien‘ entwickeln, die in ihrer Summe ein Ordnungsmuster ergeben, mit dem die Herausforderungen bewältigt werden können.

Vor welchen Herausforderungen diese Gesellschaft an der Jahrtausendwende im Zeichen einer immer enger zusammenwachsenden Welt steht und wie sie bewältigt werden können, ein Zukunftsbild, das nicht immer nur die vielbeschworenen Gefahren, sondern auch die großen Chancen der Globalisierung zeigt, wie sich neue Wege in Orientierung an festen Werten finden lassen, das haben wir mit dem **Zukunftsprogramm** zu zeigen versucht, das die CDU Deutschlands auf ihrem 10. Parteitag am 19. Mai in Bremen verabschiedet hat.

Die Welt um uns ist in Bewegung geraten. Mit atemberaubendem Tempo entwickeln sich Länder und Kontinente aufeinander zu – Stichwort Globalisierung der Märkte, Globalisierung des Wissens, Globalisierung aber auch aller Daseinsri-



Dr. Wolfgang Schäuble:
Die Zukunft gehört den dezentralen
Lösungen

siken. Die Welt rückt enger zusammen, Entfernungen schrumpfen, Grenzen schützen nicht mehr. Ob Umweltgefahren oder Fragen der inneren und äußeren Sicherheit – längst sind die Probleme dieser Welt unteilbar geworden. Die Welt ist, auch was die Gemeinsamkeit der Risiken, der Bedrohungen und vor allem der Verteilungskonflikte anbelangt, ein „globales Dorf“ geworden.

Unsere gesamte Unternehmenslandschaft befindet sich gegenwärtig im Umbruch; wir stehen inmitten einer tief-

greifenden Umstrukturierung unserer Arbeitswelt mit allen Konsequenzen für unser Bildungssystem, für unser System sozialer Sicherung, für das Zusammenleben der Menschen. Unser Land hat gute Chancen, im internationalen Wettbewerb mitzuhalten. An Kreativität und Fleiß mangelt es uns nicht. In einer globalisierten Wirtschaft müssen wir uns daran gewöhnen, bei unseren eigenen Entscheidungen dem Gesichtspunkt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit im Zweifel den Vorrang zu geben vor dem Gesichtspunkt der nationalen Verteilungsgerechtigkeit. „Damit Bewährtes erhalten werden kann, muß sich vieles ändern“. Dieses Wort des italienischen Schriftstellers Giuseppe Tomasi di Lampedusa trifft unsere Lage an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.

Die meisten von uns tun sich zunehmend schwer, mit dem Tempo dieser Veränderungen Schritt zu halten. Es herrscht eine weitverbreitete Unsicherheit über Ziele und Maßstäbe richtigen Handelns, Symptom einer tieferliegenden Sinn- und Orientierungskrise unserer Gesellschaft. Damit nicht nur das Bedrohliche der Veränderungen und die Gefahren der Glo-

Themen:

Kirche und Politik 3/11/12

Medienethik 5

Gefährdete Kirchen 9

balisierung wahrgenommen werden, gilt es, auch die großen Chancen aufzuzeigen, die sich für unser Land als zweitgrößter Exportnation daraus ergeben, und an die Werte und Prinzipien zu erinnern, die unseren Reformen Halt und Richtung geben.

Eigenverantwortung stärken

Eines dieser Leitprinzipien heißt **Eigenverantwortung**. Vertrauen in die Menschen, nicht in die Apparate, das ist das einer freiheitlichen Gesellschaft gemäßes Prinzip sozialen Zusammenlebens. Der Einzelne zählt. Es entspricht unserem Menschenbild, unserem Verständnis vom Menschen als unverfügbarer Person, die mit Freiheit und der damit zusammenhängenden Möglichkeit – und Last – freier Entscheidung ausgestattet ist. Freie Entscheidung, das ist nicht nur die Lizenz zur Selbstentfaltung, das ist auch die Pflicht zur verantwortlichen Entscheidung, zur Übernahme von Verantwortung für sich, seine Nächsten und die Gemeinschaft.

Meine Sorge ist heute weniger, daß wir die Menschen mit der Aufforderung zu mehr Eigenverantwortung und persönlichem Einsatz überfordern; meine Sorge ist, daß wir sie in der Vergangenheit mit einem Zuviel an staatlicher Entlastung und Fürsorge systematisch unterfordert haben, da wir das durchaus vorhandene Potential an solidarischen Kräften sinnlos zugeschüttet haben. Dabei haben die Ordnungen, die an Eigeninteresse und Eigenverantwortung des Einzelnen ansetzen, immer die besseren Ergebnisse erzielt als solche, die zuerst in kollektiven Regelungsmechanismen denken, und zwar weil sie Leistungswillen und Anpassungsfähigkeit, Phantasie und Kreativität ganz anders freisetzen, und das sind noch immer unsere wichtigsten Ressourcen. Der mündige, nicht der „betreute Mensch“, wie Helmut Schelsky einmal gemahnt hat, ist unser Leitbild. Was wir heute vor allem brauchen, das ist nicht Anspruchsdenken und Besitzstandswahrung, sondern eine **Kultur der Selbständigkeit** und des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements.

Mehr Eigenverantwortung, das gilt z.B. für den Bereich der Alterssicherung. Die Sorge für die Erhaltung im Alter ist eines

der Hauptbeispiele dafür, daß Freiheit nicht ohne Solidarität sein kann, wenn wir in einer humanen Gesellschaft leben wollen. Unser Leitbild bleibt darum die Partnerschaft und **Solidarität der Generationen**. Daneben aber müssen wir vor allem junge Menschen ermutigen, frühzeitig ergänzend für das Alter vorzusorgen, und darauf achten, daß ihnen auch die entsprechenden finanziellen Spielräume – Stichwort: Steuerreform – dafür bleiben.

Freiräume für Eigenverantwortung schaffen heißt auch, daß wir darauf achten müssen, daß über kollektive Versorgungssysteme nicht die Kraft natürlicher Solidarbeziehungen geschwächt und gemeinschaftsgefährdende Entwicklungen begünstigt werden. Es kann nicht sein, daß z.B. eine Mutter, die 5 Kinder großzieht, am Ende eine minimale Rente bekommt, während ihre Kinder allmonatlich hohe Beiträge für diejenigen leisten, die ihrerseits keine Kinder großgezogen und darum wunderbare Erwerbsbiographien und Rentenansprüche haben. Wir sagen darum: Wer Kinder großzieht, soll künftig weniger in die Rentenversicherung einzahlen als Kinderlose.

Dezentralisierung fördern

Ein anderes unserer Leitprinzipien zur Gestaltung der Zukunft heißt **Dezentralisierung**. Daß die Zeit der großen Bürokratien und Apparate am Ende des 20. Jahrhunderts vorbei ist, darüber ist eigentlich kein Wort mehr zu verlieren. Nichts hat das so deutlich gezeigt, wie der Kollaps der Zentralverwaltungswirtschaften des Comecon-Systems Ende der achtziger Jahre.

Wir setzen dagegen: Kleine Einheiten, in denen die Menschen die Lage vor Ort kennen und unmittelbar Zugriff haben, die sich persönlich verantwortlich fühlen, finden im Zweifel die besseren Lösungen, haben mehr Phantasie und Kreativität als bürokratische Großorganisationen. In einer Welt, in der das Tempo der Veränderungen immer schneller wird, sind kleine, flexible Einheiten besser anpassungs- und innovationsfähig. Deshalb wollen wir die Kompetenzen der unteren Einheiten stärken und ihnen mehr Verantwortung übertragen. Der bürokratische Zentralismus hat sich überlebt, die Zukunft gehört den dezentralen Lösungen.

Ihren letzten sozialphilosophischen Grund hat diese Option für die kleinen Einheiten im **Subsidiaritätsprinzip**. Seine Formulierung hat dieses Prinzip 1931 in der Sozialenzyklika *Quadragesimo anno* gefunden:

„Wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen.“

Das Subsidiaritätsprinzip ist trotz dieses klassischen Zitats gewiß kein spezifisch „katholisches“ Prinzip, auch wenn es ein prägnanter Beleg dafür ist, wie wichtig der Beitrag der Kirchen für die Selbstvergewisserung und das Funktionieren auch des freiheitlichen, säkularen Staates ist. Es war schon in der Enzyklika *Quadragesimo anno* ausdrücklich nicht theolo-

„Darum geht es bei der Bundestagswahl am 27. September 1998: Es geht um die Frage, ob wir Deutschen mit den Umbrüchen und Veränderungen um uns herum mithalten, ob wir die Herausforderungen annehmen, vor die wir gestellt sind, ob wir diese Herausforderungen meistern und damit Zukunft aktiv gestalten. Oder ob wir den Herausforderungen auszuweichen versuchen, uns ausklinken, uns freiwillig auf den Weg in die Zweit- oder Drittklassigkeit begeben und die gestaltende Rolle anderen überlassen. Aufschwung oder Abstieg, Fortschritt oder Stagnation, Stabilität oder Unsicherheit, Weltoffenheit oder Isolation, Zukunftsfähigkeit oder Zukunftsverweigerung – das sind die klaren Alternativen.“

(aus dem Zukunftsprogramm der CDU, S. 15)

gisch, sondern als sozialphilosophischer Grundsatz begründet worden. Und es beruht im Grunde auf einem sehr viel älteren Gedanken, der die abendländische Sozialphilosophie seit der Antike geprägt hat: auf dem Gedanken des rechten Maßes und der Mitte, des Ausgleichs und der Vermittlung der Extreme.

Dezentralisierung und Regionalisierung, die Wertschätzung von Heimat und Region, darin scheint mir auch ein bisher nicht hinreichend erkanntes und genutztes Potential zu liegen, um mit den Herausforderungen und Zumutungen der Globalisierung fertig zu werden. In einer Welt, die Trennendes überwindet, sich für Handel und Wandel öffnet und immer mehr zusammenwächst, gerade in einer solchen Welt wird für die Menschen die Verwurzelung in Stadt und Land, in der Heimatregion immer wichtiger.

Das regionale Umfeld bildet ein Gegengewicht zu allem, was da von weither heranbrandet. Es hilft, die eigene **Identität zu bewahren**, hilft sich zu orientieren inmitten von so viel Unübersichtlichkeiten.

Regieren im Zeitalter der Globalisierung

Politik in Zeiten des Wandels steht vor einem Dilemma: Sie muß den veränderten Herausforderungen gerecht werden und zugleich das Bedürfnis der Menschen nach Stabilität, Berechenbarkeit und Kontinuität achten. Sie muß reagieren und gestalten, antreiben und beruhigen, erneuern und bewahren zugleich. Stillstand ist so unerwünscht wie die Zumutungen des Wandels. Regieren im Zeitalter der Globalisierung muß also das Kernstück fertig bringen, das Tempo der Veränderung zu halten, aber nicht in die Beschleunigungsfalle zu tappen.

Eine Regierung, die unter diesen Vorzeichen um ein Mandat für ein Programm der Erneuerung wirbt, sieht sich dann schnell der Entgegnung ausgesetzt: „Ja, warum habt ihr es denn nicht gemacht in den letzten 16 Jahren?“

Aber: Keine Regierung der Welt wird je am Ende der Legislaturperiode mit der Bilanz vor den Wähler treten können, alles Nötige sei nun getan, die Regierungstätigkeit gewissermaßen am Ziel. Denn:

Das Paradies auf Erden zu errichten, das können wir aus unserer existentiellen Situation heraus niemals; das gehört zu der für den Menschen unübersteigbaren Geworfenheit in diese Welt. Wer es dennoch verspricht, der täuscht; wer es gar versucht, der bringt in aller Regel großes Unglück über die Menschen. Wir sollten dagegen gerade die Erwartungen der Menschen an die Möglichkeiten von Regierung nicht ins Uferlose übersteigern.

Was Regierung kann, das ist, auf Veränderungen zu reagieren, sich Problemen

verantwortungsbewußt zu stellen, nach klaren Prinzipien und in **Orientierung an festen Werten** für die Menschen zu handeln mit Gottes Hilfe. ■

Anm.:

Bei dem abgedruckten Text handelt es sich um Auszüge aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Schäuble, beim EAK-Diskussionsforum: „Die Zukunft der Gesellschaft – (k)eine alltägliche Aufgabe?!“ am 17. 8. 1998 in Bonn.

Gemeinsam den Wertekonsens festigen

Jochen Borchert

Niemand kann die Zukunft vorhersehen. Im einzelnen können wir auch nicht abschätzen, wie unsere Welt in den nächsten zehn oder zwanzig Jahren aussehen wird. Doch wissen wir, daß sich viel verändern wird. Viele Menschen sind darum beunruhigt, manche haben Angst. Angst vor dem Unbekannten, vor Veränderungen, vor geistiger und materieller Verarmung.

Die Politik muß diese Ängste ernstnehmen und auf sie reagieren. Dabei wäre es falsch, mit Verdrängungsmechanismen nach dem Prinzip „Es wird schon nicht so schlimm werden“ oder mit kritikloser Zukunftsgläubigkeit die Menschen beruhigen zu wollen. Einfach wird der Schritt ins nächste Jahrtausend gewiß nicht, und einfache Lösungen gibt es nur für die wenigsten politischen Bereiche. Dafür ist die Welt zu komplex, die Globalisierung zu umfassend und der mit ihr verbundene Anpassungsdruck zu stark.

Auf manches, was wir lieb gewonnen haben, werden wir verzichten müssen. Aber viel Neues werden wir gewinnen können. Unser Arbeitsleben wird ab-

wechslungsreicher, unsere Berufe anspruchsvoller, Bildung und Weiterbildung werden unseren Lebensalltag begleiten, Familien- und Berufsleben werden sich besser miteinander verbinden lassen, das Leben im Alter wird immer stärker zu einer eigenständigen Lebensphase mit mehr Selbstverantwortung.

Christliches Verständnis vom Menschen

Unser Zusammenleben wird individueller. Ob es solidarisch bleibt oder aber sich zu einem Nebeneinander egoistischer Konsumenten entwickelt, ist die entscheidende Frage, vor der unsere Gesellschaft schon jetzt steht. Wir müssen alles dafür tun, daß sich unsere Gesellschaft nicht spaltet in Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose, in überforderte Rentenbeitragszahler und unzufriedene Rentempfänger, in kinderreiche Familien und kinderlose Partnerschaften, in Umweltverbraucher von heute und Erben der Umweltverschmutzung von morgen.

Die Politik muß sich davor hüten, Gegensätze aufzubauen, wo keine sind, und sie muß Spannungen abbauen, wo

unterschiedliche Interessen aufeinanderstoßen.

Sozialer Ausgleich und innerer Friede sind nur zu erreichen und zu bewahren, wenn wir uns auch bei politischen Entscheidungen immer wieder an den Wertekonsens erinnern, der unserer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft zugrundeliegt und der für mich geprägt ist durch das christliche Verständnis vom Menschen.

Toleranz, Achtung der Menschenwürde und Nächstenliebe bleiben auch für eine zunehmend säkularisierte Gesellschaft unverzichtbar. Ohne diese Werte würde die Freiheit, die wir genießen, schrankenlos; nur mit diesen Werten ist unsere Gesellschaft zur Solidarität fähig.

Doch die Politik kann den Wertekonsens nicht alleine festigen. Wir sind auf die Unterstützung durch die entsprechenden Institutionen angewiesen.

Kirchen unterstützen!

Die CDU will die Kirchen weiter in ihrer Arbeit unterstützen, Orientierung zu stiften und Glaubensheimat zu bieten. Daraus ergeben sich für uns konkrete politische Feststellungen:

- Wir halten am System der Kirchensteuer fest. Das ist für die CDU – im Unterschied zu anderen Parteien – ein unverrückbarer Programmpunkt. Die Kirchensteuer ist die entscheidende materielle Grundlage der Kirchen, eine stetige, umfangreiche und vom Staat unabhängige Arbeit zu leisten.

- Schüler brauchen eine klare Orientierung. So, wie Noten in die Schule gehören, gehört auch der Religionsunterricht in die Schule. Im Religionsunterricht finden die Schüler Antworten auf die vielen Fragen nach dem „Warum?“: Warum man im Laden auch bezahlen soll, warum man behinderte Menschen respektieren soll, warum man auch andere als die eigene Meinung akzeptieren muß, warum die letzte Erfüllung im Diesseits nicht zu bekommen ist.

Der Religionsunterricht leitet an aus einer christlichen Perspektive zu einer kritischen Auseinandersetzung mit Sinn- und Wertfragen. Der Religionsunterricht vermittelt nicht allein Informationen, sondern er stellt ein Identifikationsangebot dar. Er ist Teil eines lebendigen Bildungsprozesses junger Menschen

„Uns ist die christliche Grundlage überhaupt nicht irgendeine Firmierung, sondern eine konkrete Weisung für die tagespolitische Entscheidung. Nicht so, daß wir meinen, wir könnten die Bibel als ein politisches Rezeptbuch benutzen, aber doch so, daß wir in jeder einzelnen Frage versuchen, uns an dem Wort und Gebot Gottes zu orientieren.“

Hermann Ehlers

und ermöglicht selbständige Entscheidungen der Schüler. Im Religionsunterricht erfahren jungen Menschen, was Solidarität heißt.

Und er hilft, unseren christlichen Wertekonsens zu bewahren und zu festigen, der unserem Verfassungsstaat und unserer freiheitlichen und pluralistischen

Gesellschaft zugrundeliegt. Darum muß „Religion“ ordentliches Schulfach bleiben. Das Streben einiger Bundesländer, den Religionsunterricht abzuschaffen, muß gestoppt werden.

- Wir treten dafür ein, daß der rechtliche und gesellschaftliche Status der beiden großen Kirchen in Deutschland als öffentliche Körperschaften unverändert – das heißt: ungeschmälert – erhalten bleibt. Kirchliche Ordnung und kirchliche Ämter müssen von staatlichem Einfluß grundsätzlich frei sein.

Die Möglichkeiten der Kirchen, in unserem Land zu wirken und die Lebenswirklichkeit mitzugestalten, dürfen keinesfalls beschnitten werden. Das betrifft nicht nur die gemeinsamen Angelegenheiten wie die Theologischen Fakultäten, die Militärseelsorge oder das Friedhofsrecht. Das meint vor allem auch die nicht-formelle Mitwirkung bei Gesetzesvorhaben oder der staatlichen Personalpolitik und die institutionelle Mitarbeit in den Rundfunkräten, bei der Sozialhilfe und der Jugendhilfe.

Eine Kirche im Abseits wäre fatal für unser Gemeinwesen; ihre Stimme wäre kaum mehr zu vernehmen, ihr Einfluß auf das Denken und Fühlen der Menschen ginge zurück. Auch die Politik hat dafür Sorge zu tragen, daß eine solche Entwicklung nicht eintritt. ■

Frage: Die CDU bekennt sich in ihrem „Zukunftsprogramm“ für die Bundestagswahl zum christlichen Menschenbild. Gehört dazu für eine Partei in der heutigen Zeit nicht sehr viel Mut?

Jochen Borchert: Nein! Die Orientierung am christlichen Menschenbild ist unaufgebbarer Teil des Selbstverständnisses der CDU. Allerdings müssen wir heute stärker deutlich machen, was wir darunter verstehen und welche Konsequenzen sich daraus für unser Handeln ergeben.

(aus einem Interview für idea)

Die Verantwortung der Medien in unserer Gesellschaft

Überlegungen zu einer Medienethik

Barbara Stamm

Unsere heutige Gesellschaft kann mit Fug und Recht als Mediengesellschaft bezeichnet werden. Die Mediennutzung nimmt einen zeitlich immer größeren Umfang ein, durchdringt die Arbeitswelt und den Bildungsbereich und ist ein wichtiger Faktor in unserer Freizeitgestaltung. Wir sind also in allen Lebensbereichen mit Medien konfrontiert.

Da stellt sich natürlich die Frage, welche Auswirkungen die sich ständig erhöhende und verändernde Medienpräsenz hat. Probleme können dabei sowohl bei der Gestaltung und dem Umfang des Medienangebotes auftreten, als auch, wenn es um den angebotenen Inhalt geht. Denn die Medienfülle wird dann kritisch, wenn die Betroffenen – seien es junge Menschen oder Erwachsene – mit dem Medienangebot weder inhaltlich noch in der Menge sinnvoll umgehen können. Mein besonderes Augenmerk gilt hierbei den jungen Nutzern – unseren Kindern und Jugendlichen.

Im Fernsehen findet eine Abtrennung von Angeboten für bestimmte Altersgruppen nicht statt. Es bleibt vielmehr dem Einzelnen, d.h. also dem Kind oder Jugendlichen – vor allem aber dessen Eltern – überlassen, sich selbst die geeigneten Sendungen auszusuchen. Wenn ich das Fernsehangebot betrachte, wünsche ich mir oft, daß die Verantwortlichen für die Fernsehprogramme sich kritischer überlegen, ob der Wunsch nach hohen Einschaltquoten die Häufung von Gewalt- und Sexdarstellungen rechtfertigt. Denn beim Kind oder Jugendlichen kann durch den Konsum derartiger Produktionen leicht ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit, eine übersteigerte Angstreaktion oder aggressives Verhalten entstehen.



Barbara Stamm:
Niveaivolles Medienangebot erreichen!

Was können Politik und Bürger leisten?

Was kann die Politik und was können die Bürger leisten, um ein niveaivolles Medienangebot zu erreichen, z.B. die Qualität des Fernsehangebotes zu verbessern? Wie kann eine gewisse Medienethik in der Gesellschaft und bei den Anbietern verankert werden?

Dabei bewegen wir uns in einem Spannungsfeld: Zensurverbot und Rundfunkfreiheit sind in einem **demokratischen Rechtsstaat** ebenso zu beachten wie das Recht aller Bürger auf freie Meinungsäußerung. Der Staat kann, darf und will die Bürger nicht bevormunden – und dies gilt auch gegenüber Kindern und Jugendlichen, die zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten heranwachsen sollen und deren Eigenständigkeit deshalb zu respektieren und zu fördern ist.

Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, daß gerade junge Menschen aufgrund ihrer noch geringen Lebenserfahrung besonders schutzbedürftig sind.

Bei gesetzlichen Regelungen im Bereich der Medien ist deshalb immer sorgsam **abzuwägen zwischen Grundrechten** wie Meinungs- oder Kunstfreiheit einerseits **und dem Recht unserer Kinder und Jugendlichen**, vor Gefahren für ihr Wohl geschützt zu werden. Im Zweifelsfall ist in meinen Augen dem Kinder- und Jugendschutz der Vorrang einzuräumen.

Mit Hilfe der Initiativen der Staatsregierung ist es immer wieder gelungen, den Rundfunk-Staatsvertrag der Länder so anzupassen, daß er den veränderten technischen Gegebenheiten, den neuen Programmprofilen und den Forderungen des Jugendschutzes gerecht wird. So konnte z.B. erfolgreich die Gefährdung Minderjähriger durch sogenannte Reality-TV-Angebote verhindert werden. Solche Programmformen finden sich zwischenzeitlich im Fernsehprogramm nur in eingeschränktem Umfang und in adäquater Gestaltung wieder. Auch die Vorkündigung jugendgefährdender Filme im Spätprogramm, die zur besten Sendezeit im Nachmittagsprogramm gesendet wurden, ist gesetzlich geregelt worden.

Verbesserung des Jugendschutzes

Zur **Verbesserung des Jugendschutzes** im Fernsehen hat Bayern in den laufenden Verhandlungen zur Änderung des Rundfunk-Staatsvertrages vorgeschlagen, die Ausstrahlung von indizierten Filmen im Fernsehen grundsätzlich zu verbieten. Danach könnten solche Filme künftig nur noch aufgrund einer Einzelgenehmigung in begründeten Ausnahmefällen gezeigt werden. Nach meiner Auffassung muß in diesem Fall der Schutz von Kindern und Jugendlichen Vorrang vor einer fragwürdigen Informationsfreiheit der Erwachsenen haben.

Gekennzeichnet von zunehmendem Wettbewerbsdruck wird in der Fernsehlandschaft bei der Suche nach Neuem vielfach die Grenze des guten Geschmacks überschritten. Ich nenne nur das Stichwort „Sex-Talk am Nachmittag“. Diese Sendeformen mit ihren zu meist plakativen, einseitigen und verharmlosenden Darstellungen von sexuellen Themen können Kindern und Jugendlichen ein falsches Bild und falsche Werte vermitteln. Ich meine, daß diese

Wie bilden sich Meinungen?

Walkampfzeiten sind immer Zeiten, in denen sich das Wechselspiel zwischen Politik und Medien einprägsam illustrieren läßt.

Dabei stehen Politiker und Medien in einer wechselseitigen Beziehung. Politiker sind auf die Medien angewiesen, um bekannt zu bleiben oder zu werden. Journalisten wiederum wissen um diese Abhängigkeit und entscheiden, wie sie Informationen placieren und Sendezeit verteilen.

Wie funktioniert Fernsehen?

Zunächst handelt es sich um ein Medium, das alle Zugangsbarrieren am leichtesten überwindet. Man muß nicht Lesen und nicht Schreiben gelernt haben, um Fernsehen zu verstehen. Fernsehen erfährt alle Sinne des Menschen, und insbesondere hat sich das Fernsehen bei den Zuschauern ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit deswegen verschafft, weil der Konsument sagen kann: „Das habe ich ja alles mit eigenen Augen gesehen“.

Fernsehen gilt mithin als das glaubwürdigste Medium, eine Feststellung, die keine Rücksicht nimmt, wie ausgewählt Fernsehen auf journalistischer Seite sein muß: Nicht nur die Auswahl dessen, was überhaupt angeboten wird, sondern selbst der gewählte Bildausschnitt ist zugleich eine Entscheidung gegen andere mögliche Inhalte.

Die wesentlichste Feststellung aber ist, wie Fernsehen von den Zuschauern aufgenommen wird.

Wie werden Informationen vermittelt?

Fernsehen zerfällt in ein rationales und ein emotionales Element, das rationale findet sich im Text wieder, das emotionale im Bild.

Viele Untersuchungen haben gezeigt, daß die Information des Textes rasch vergessen wird, daß der Eindruck des Bildes aber haften bleibt.

Im Zusammenhang mit Wahlkämpfen muß man diese Verhaltensweisen berücksichtigen, denn sie verdrängen längst die Vermittlung von Informationen zu Gunsten der Emotionen.

(aus: „In den Blick genommen“, Rundbrief des EAK-Pinneberg)

Sendungen für die sexuelle Entwicklung unserer Kinder äußerst schädlich sind.

Auf Initiative der Bayerischen Staatsregierung haben sich zwischenzeitlich die Programmanbieter auf einen „Code of Conduct“ verständigt, der in Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen zukünftig solche **Gefährdungen ausschließen** soll. Wir werden sehr sorgfältig beobachten, ob die Fernsehanbieter sich an ihre Selbstverpflichtung halten. Sollte dies nicht geschehen, werden wir weitere Initiativen zum Schutze unserer Kinder und Jugendlichen ergreifen.

Unterstützung bei der Medienerziehung

Um Kinder und Jugendliche zu einem verantwortlichen Umgang mit Medien zu befähigen, bedarf es der gemeinsamen Anstrengung aller, die unmittelbar und mittelbar an der Erziehung mitwirken: Der Eltern, der Lehrer, der Mitarbeiter in der Jugendarbeit und nicht zuletzt der Medienanbieter selbst. Zum einen müssen sich Eltern und Erziehungsberechtigte darauf verlassen können, daß die bestehenden Regelungen eingehalten werden. Zum anderen brauchen sie aber auch die Unterstützung bei der schwierigen Aufgabe der Medienerziehung. So hat beispielsweise in meinem Auftrag das Bayerische Landesjugendamt eine Handreichung „**Hilfe – Kinder lieben Fernsehen!**“ für Eltern entwickelt, die bei den Jugendämtern ausliegt. Eine Verbesserung der Programmzeitschriften und Fernsehprogramme der Tageszeitungen wäre eine weitere Unterstützung. Zumindest bei der Ausstrahlung von Spielfilmen halte ich es für wünschenswert, wenn mit der Angabe der Altersfreigabe dieser Filme durch die Freiwillige Selbstkontrolle für die Eltern Orientierungspunkte gesetzt würden.

Sehr hilfreich für Erziehungspersonen ist auch die Publikation „**Flimmo – Fernsehen mit Kinderaugen**“ des Vereins Programmberatung für Eltern e.V., die das aktuelle Programm der Fernsehsender auf Kinder- und Jugendeignung prüft und bewertet. Zudem hat das Kultusministerium zur Anleitung der Medienarbeit an den Schulen die Schriftenreihe „Medienzeit“ herausgegeben.

Impulse durch Frauen- und Elternverbände

Die öffentliche Diskussion hat in der Vergangenheit auch durch **Unterschriftenaktionen** von besorgten Bürgerinnen und Bürgern, wie z.B. von Frauenverbänden und Elternvereinigungen, einen wichtigen Impuls erhalten. Wenn der Zuseher als Kunde der Fernsehanbieter deutlich macht, wo seine Interessen liegen und welche Inhalte er nicht wünscht, reagieren die Programmverantwortlichen im Regelfall auch entsprechend. Einerseits, um die Einschaltquoten, die ausschlaggebend für die Finanzierung der Sendungen sind, nicht zu gefährden, und andererseits, weil die Industrie keine Werbung im Umfeld von problematischen Sendungen schalten will.

Ich ermuntere Eltern und andere verantwortungsvolle Personen ausdrücklich, Sendungen, die die Grenzen des guten Geschmacks überschreiten oder konkret jugendgefährdend sind, nicht einfach hinzunehmen. Wenden Sie sich an die Aufsichtsgremien, die Rundfunkräte und die Landesmedienanstalten. Vor allem aber beschweren Sie sich bei den Sendern selbst. Wenn diese merken, daß manche Teile ihrer Programmangebote in weiten Kreisen der Bevölkerung auf Ablehnung stoßen, ist dies die beste Grundlage für ein Umdenken und eine familienfreundliche Programmstruktur.

Der Begriff der „Medienethik“ bedarf einer ständigen inhaltlichen Definition, um nicht als leere Worthülse, als Feigenblatt für unterschiedliche gesellschaftliche Interessen zu dienen. Mit den **rechtlichen Rahmenbedingungen**, die aus den im Grundgesetz festgelegten, gesellschaftlich verbindlichen Werten resultieren, wurde ein Rahmen geschaffen, den es verantwortlich zu füllen gilt. Die Glaubensgemeinschaften sind hier genauso gefordert wie Pädagogen, Politiker und alle gesellschaftlich relevanten Gruppierungen.

Religiöse Grundwerte nicht aushöhlen

Der Kommerz, die schnell verdiente Mark, darf nicht dazu führen, daß allgemein anerkannte religiöse, ethische und gesellschaftliche Grundwerte immer mehr ausgehöhlt werden und ein Tabu nach dem anderen gebrochen wird. Ge-

rade angesichts der von mir vor einiger Zeit angestoßenen öffentlichen Diskussion über nicht mehr akzeptable Medieninhalte ist diese Gefahr wohl etwas geringer geworden. Die **Sensibilität** der Medienschaffenden, das **Bewußtsein** für ihre hohe Verantwortung, sind **gewachsen**.

Gemeinsam mit den Aufsichtsgremien, vor allem aber zusammen mit den verantwortungsvollen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, wollen wir dafür sorgen, daß dieser Prozeß weiter fortschreitet. Wir alle können, wenn wir unsere Stimme laut genug erheben, auf die Programmgestaltung Einfluß nehmen. Nutzen wir diese Chance. ■

Anm.:

Barbara Stamm, MdL,
ist Staatsministerin im Bayerischen
Staatsministerium für Arbeit
und Sozialordnung, Familie, Frauen
und Gesundheit.

Kinderkarawane 1998: Kinder haben Rechte!

Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Roman Herzog veranstalten das Deutsche Kinderhilfswerk und das Bundesjugendministerium die „Karawane für mehr Kinderfreundlichkeit 1998“. Ziel ist es, für mehr Kinderfreundlichkeit in Deutschland zu werben, die Belange von Kindern in der Öffentlichkeit in den Vordergrund zu rücken und die UN-Kinderrechtskonvention in den Städten und Gemeinden bekannter zu machen.

Vom 1. Juni 1998, dem Internationalen Kindertag, der in den neuen Bundesländern Tradition hat, bis zum 20. September 1998, dem Weltkindertag, ist die „Karawane für mehr Kinderfreundlichkeit 1998“ bundesweit unterwegs und legt auf ihrer Tour insgesamt 8981 km zurück. Aus 150 Städten und Gemeinden, die sich als Standorte für die Karawane beworben haben, wurden 50 Orte ausgewählt, in denen die Karawane gastiert.



Radio Paradiso

Kirchliches Radioengagement zwischen Mandat und Markt

Rainer Thun

„Unsere Nähe zu den Menschen kann man an unseren Bilanzen ablesen.“ Mit diesem lapidaren Satz verblüffte mich der kaufmännische Leiter einer diakonischen Einrichtung im Berliner Raum. Ich war zu Besuch und warb für eine gesellschaftliche Beteiligung an dem wohl umstrittensten publizistischen Projekt im kirchlichen Raum, für Radio Paradiso. Und dieser Mann wischte mit einer Bemerkung beiseite, was Befürworter und Gegner von Radio Paradiso entzweit: Ob Marktfähigkeit und Nächstenliebe einander nicht ausschließen. Ob ein zwar populäres, aber christlich orientiertes Radio, das sich auf dem härtesten europäischen Radiomarkt gegen 24 Mitbewerber durchsetzen und zudem noch marktkonform durch Werbung finanzieren will, im Spagat zwischen Markt und Mandat nicht scheitern muß.

Mein eingangs zitierter Gewährsmann weiter: „So viel Distanz wie die Kirchengemeinden zu den Menschen haben, können wir uns gar nicht leisten.“ Wenn das, was für die Diakonie gilt, auch auf marktorientierte christliche Publizistik übertragen werden darf, müßte an der Reichweitenquote und den Werbeeinnahmen von Radio Paradiso der Erfolg, das heißt die Nähe des „Produkts“ Radio Paradiso zu den Menschen ablesbar sein. Das ist sicherlich eine steile These, wird doch bislang der überwiegende Teil konfessioneller Publizistik subventioniert.

Mitte August 1998 ist Radio Paradiso, das sich als freie publizistische Initiative im kirchlichen bzw. kirchennahen Raum versteht, in Berlin auf der Frequenz UKW 98,2 seit 1 1/2 Jahren auf Sendung, 24 Stunden täglich. Formal gesehen ist Radio Paradiso einer der zahlreichen populären Musiksender. Mit der in Marktanalysen festgestellten Musikfarbe hat

Paradiso ein tragfähiges Segment im Markt. Die Musikfarbe, ein romantisches, melodieorientiertes Soft-Rock und Pop-Format, schafft das Forum für das Wortprogramm, das durch Moderationen und Beiträge mit christlichem Hintergrund geprägt ist.

Wie das konfessionsübergreifende Programm ist auch der Gesellschafterkreis offen für eine Beteiligung aus katholischem Bereich. Mit nur einem Sender erreicht Paradiso im Ballungsraum Berlin ca. 5 Millionen Menschen (technische Reichweite). Die Kosten für die technische Verbreitung sind, verglichen mit Radiosendern im ländlichen Raum, relativ gering. 24 terrestrisch verbreitete Sender sind zwar Konkurrenten. Bei der in Berlin fortgeschrittenen Segmentierung des Radiomarkts macht ein Special-Interest-Programm wie Paradiso als Sparten- bzw. Ergänzungsmedium aber wiederum auch Sinn. Die Experten prophezeien eine immer weitere Ausdifferenzierung des Radiomarkts in Spezialprogramme.

Veränderte Lebensgewohnheiten und Ansprüche der Menschen

Mit Radio Paradiso begibt sich kirchliche Publizistik in den Markt, wie die Diakonie es schon längst oder andere Arbeitszweige der Kirche dies künftig müssen. Die vielfach diskutierte Krise der Kirche in unserer Gegenwart hat vermutlich mit der Marktferne und der damit verbundenen mangelnden Marktfähigkeit vieler Arbeitsbereiche zu tun. Die Mitglieder der Kirche bzw. die Adressaten kirchlicher Verkündigung und Diakonie als „Kunden“ zu betrachten, gilt vielfach noch als verpönt. Doch das Evangelium ist eine Bringschuld für Gottes Bodenpersonal. Konkurrenz auf dem religiösen Markt und veränderte Lebensgewohnheiten und Ansprüche der Menschen zwingen zum Umdenken. Radio Paradiso intendiert mit Absicht kein elitäres Bildungs-

programm für Minderheiten, sondern ein **populäres Programm**, das möglichst viele Menschen zum Einschalten veranlaßt.

Die populären Hörfunkprogramme verstehen sich als Boulevardprogramme. Der Boulevard ist für die Kirche ein Test auf ihre Bereitschaft und Fähigkeit, ihrem Anspruch als Volkskirche, als Kirche für das Volk, und ihrem universalen Sendungsauftrag gerecht zu werden. Boulevardjournalismus im positiven Sinn heißt für die Verantwortlichen von Radio Paradiso, **die Menschen dort abzuholen, wo sie sind**. Die deshalb geforderte und unter Beweis zu stellende Weltoffenheit entspricht der Weltzugewandtheit der Liebe Gottes, die den Menschen unter den Bedingungen und Strukturen seiner Existenz einschließlich der gegenwärtigen Kommunikationsstrukturen akzeptiert.

Besondere Herausforderungen der Region

Radio Paradiso ist für die Kirche ein Testfall und ein Erprobungsfeld, ein Experiment im guten Sinne und hoffentlich auch von Dauer. Deshalb, meint auch Professor Ernst Benda, Vorsitzender des Medienrates der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, die Radio Paradiso gegen über 20 Mitbewerber lizenzierte, „ist das Experiment zu begrüßen...Damit liegt (für die Kirche) ein Stück praktischer Erprobung auf einem Neuland vor, die nützlicher sein kann als alle theoretischen Überlegungen.“ Christliche Radios werden kommen - wie in aller Welt - mit oder ohne den Segen der Kirche. Mit der Vermehrung der Frequenzen und der weiteren Segmentierung des Radiomarktes wird es religiöse Hörfunksender geben. Ein Vakuum läßt der Markt, lassen die Bedürfnisse der Menschen nicht zu.

Ein weltoffenes, liberales christlich orientiertes UKW-Radio in der Hauptstadt ist ein wertvolles Gut. Es kann helfen, die besonderen Herausforderungen der Region anzunehmen. Denn die Christen in Berlin und Brandenburg sind eine Minderheit. Knapp 21 Prozent zählen in Brandenburg zur evangelischen Kirche. In Berlin sind nur noch 25% der Bevölkerung evangelisch (Westberlin 34%, Ostberlin 10%). Rund 10% der Berliner sind katholisch, ca. 0,4% jüdisch, fast 6% islamisch. 1,6% gehören Freikirchen

oder anderen Religionsgemeinschaften an. Der Rest, immerhin über 57%, gehört nach offiziellen Angaben keiner Religionsgemeinschaft an.



Rainer Thun:
Radio Paradiso ist für die Kirche ein Testfall.

Auch wenn die Berliner nie fromm waren, sondern sich auf ein **distanziertes Verhältnis zur Kirche** schon immer etwas einbildeten, kann man heute von einer entchristlichten Stadt reden. Im Westteil Berlins ist die Entfremdung zur verfaßten Kirche größer als in jeder anderen westdeutschen Großstadt. Im Ostteil Berlins und in Brandenburg haben die Menschen 56 Jahre lang unter atheistischen Diktaturen gelebt. Folge: Ihr Christsein ist den meisten gründlich ausgetrieben worden. Die gesellschaftliche Marginalisierung der Kirchen ist in der Hauptstadt und dem Umland bereits alltägliche Normalität.

Dem Gemeinwohl verpflichtet

Sicherlich können die Kirchen in Berlin im nächsten Jahr mit dem Umzug der Bundesregierung und -ministerien aus dem rheinischen Bonn in die neue europäische Metropole mit ein paar Tausend Neuzugängen rechnen. Dennoch bleibt die Region noch für lange Zeit die am meisten säkularisierte im neuen Deutschland, mit allen damit verbundenen Folgen geringer bis nicht stattgefundener religiöser Sozialisation. Kaiserin Augusta, auch „Kirchenjuste“ genannt, hat nicht ohne Grund so

viele neue Kirchen bauen lassen, als Berlin nach der Reichsgründung explosionsartig wuchs und immer mehr Menschen aus dem Osten hier neue Heimat und Arbeit fanden. Wo Werte wie Nächstenliebe, Ehrfurcht vor dem Leben, Ausländer- und Gastfreundlichkeit, Toleranz, die Würde des einzelnen Menschen, das christliche Menschenbild nicht mehr tradiert werden, bricht eine kalte Zeit an.

Schon vor mehr als 20 Jahren haben Experten festgestellt, daß die Zunahme von Jugendkriminalität im umgekehrten Zusammenhang steht zu der Abnahme kirchlicher Autorität, zum Rückgang christlicher Sozialisation. Das „neue“ Berlin im Zusammenwachsen zwischen Ost und West und als Sitz der Bundesregierung stellt die Gesellschaft auch vor diesem Hintergrund vor neue Herausforderungen. Radio Paradiso versteht sich in einer immer stärker von den Medien geprägten Gesellschaft als dem Gemeinwohl verpflichtet, als **Dienst an der Gesellschaft**, im altmodischen Sinn als gesellschaftsdiakonischer Beitrag.

Der vorhandene Traditionsabbruch bietet auch die Chance, christliche Inhalte als fremde, ganz neue und damit auch interessante Sinnorientierungsangebote zu erleben. Das bedeutet allerdings auch, daß Radio Paradiso seinen Markt ganz ernst nehmen muß. Als Begleiter durch den Alltag muß es christliche Inhalte lebensnah einem weitgehend säkularisierten Publikum vermitteln. Das Radiogeschäft professionell zu betreiben genügt nicht. Neben **kommunikativer Kompetenz** ist spezifische **Vermittlungskompetenz** gefragt.

Je abhängiger Radio Paradiso von der verfaßten Kirche ist, desto schwieriger die Wahrnehmung seines Auftrages. Je größer die Freiheit von der Kirche, desto eher kann es für sie tätig sein. So ist die Abhängigkeit von den Gesetzen des Marktes ein heilsames Korrektiv: Vorbeizugieren am Markt gefährdet die Existenz von Radio Paradiso. Die Alternative wäre ein von den Kirchen voll oder zumindest hoch gesponsertes Radio, gewissermaßen als Visitenkarte der EKD o.ä. in der Hauptstadt. Aber auch für solch ein Radio dürfte eine Grundregel der Rhetorik entsprechend gelten: Wo der Sender seine Hörer verliert, hat er auch das Recht zu senden verloren.

Radio Paradiso ist ein für den privaten Rundfunk vergleichsweise ambitioniertes Projekt. Neben Information, Verkündigung, Bildung, Beratung und Unterhaltung bietet es spezielle Serviceangebote wie z.B. die „Kummernummer“, eine senderspezifische Telefonseelsorge für die Hörer. Es arbeitet mit vorhandenen kirchlichen und diakonischen Einrichtungen zusammen, nutzt die vorhandene Infrastruktur und ist in der Lage, diese in ihrer Wirkung zu optimieren. Zu den gegenwärtigen Hauptgesellschaftern von Radio Paradiso zählen nicht von ungefähr kirchliche bzw. kirchennahe Einrichtungen, die schon lange die **Gesetze des Marktes beachten** müssen: eine Bank, ein Krankenhaus einer freikirchlichen Gemeinde, ein kirchennahes Medienunternehmen u.a.m. Lediglich die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg und die Nordelbische ev.-luth. Kirche, deren Presseverband Initiator des Projekts ist, haben Radio Paradiso ihren „Segen“ gegeben und eine relativ bescheidene finanzielle Einlage gezahlt. Andere Landeskirchen halten sich nach wie vor zurück, stufen Radio Paradiso als „regio-

Es ist nicht Aufgabe der Kirchen, ins Einzelne gehende politische und ökonomische Empfehlungen zu geben. Ihr Auftrag ist es, Gottes Stimme in der Welt zu sein.

Prof. Dr. Klaus Engelhardt

nale“ Angelegenheit ein. So treibt auch der kirchliche Föderalismus seltsame Blüten. Das neue Berlin als Hauptstadt und Regierungssitz mit einem Ballungsraum von ca. 5 Millionen Menschen, von denen ca. 60 Prozent konfessionslos sind, wo die Gegensätze, Spannungen und Herausforderungen am sichtbarsten sind, ist keine regionale Angelegenheit, sondern hat die Solidarität der Kirche insgesamt verdient. Mit dem Blick nicht über den eigenen Kirchturm hinaus kann man nicht in Zukunft bestehen. ■

Anm.:

Rainer Thun ist Geschäftsführer von Radio Paradiso und Direktor des Evangelischen Presseverbandes Nord für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Kirchbau war und bleibt Zeichen wider die Resignation

Dr. Ulrich Böhme

Wem ist es wirklich noch bewußt: Das Christentum hat jahrhundertlang nachhaltig die europäische Kulturgeschichte bestimmt. Neben Sprache und Brauchtum, Küche, Philosophie und vielem anderen sind die kirchlichen Gebäude und Räume Beleg dafür. Sie waren immer öffentlicher Festraum, Kulturort, Kult-ur-Ort. Dem ora und labora der Menschen vermittelten die Kirchen Rhythmus und Zäsuren. Das Bauwerk Kirche hatte Identität stiftende Bedeutung. Und heute?

Die Religion hat ihr Monopol verloren. Wir sind Zeitzeugen und Mitbetroffene eines schmerzlichen Säkularisierungsprozesses. Die zunehmend individualisierte und auf die „große Freiheit“ ausgerichtete Lebensweise entledigt sich unbequemer Bindungen. Und Religio bedeutet Bindung!

Die sich vollziehenden Wertetransformationen bewirken Wissensdefizite und damit Gleichgültigkeit zum Anliegen des Christentums, zunehmend auch bei Verantwortungsträgern in der Politik. Kirchliche Bindungen mutieren zu Restbindungen. Die Menschen emanzipieren sich von Gott, obgleich sie wissen, daß es keine Selbsterlösung gibt. Das alles beschreibt einen **epochalen Kontinuitätsbruch!**

Dennoch: Nicht resignieren! Bereits die Bibel ermutigt mit der Verheißung, „Wo zwei oder drei in meinem Namen zusammenkommen ...“ oder mit der Metapher vom Salz der Erde. Und das Salz wird in den Kirchen gesiedet und „abgepackt“, um auf die Tische der Welt zu gelangen...

Aus politischen Gründen gab es jahrzehntelang keine bedarfsgerechte Baupflege an Kirchen. Die Folge sind gigantische **Instandsetzungserfordernis-**

se. Dem überlagern sich zunehmend schwierige Finanzierungsbedingungen um die Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler. Die kleiner werdenden Kirchengemeinden bedeuten zugleich geringere Finanzverfügbarkeit mit der Konsequenz, daß inzwischen laut über Aufgabe und Verkauf von Kirchen nachgedacht wird. Noch sagen Herz und Verstand Nein. Wie lange noch?

Gründe für den Kirchenerhalt

Hoffentlich so lange, bis es Allgemeinut geworden ist, daß es für die Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler keine Alternative gibt. Schließlich darf es den Kirchen eben nicht wie den Windmühlen ergehen: Einst unverzichtbar, inzwischen nicht mehr vorhanden!

Gründe für den flächendeckenden Erhalt der Kirchen sind mannigfach:

- Aus der Sicht der Kirchengemeinden: Die Kirche ist „umbautes Wort“, ist Versammlungsort der gottesdienstfeiernenden Gemeinde. Sie ist von den im Glauben lebenden Müttern und Vätern ererbt, von den Enkeln geliebt. **Eigentum verpflichtet!** Und – wie im Gleichnis sollen wir mit den anvertrauten Pfunden wuchern, sie nicht nur bewahren.

Die an ihrer Kirche treuhänderisch bauende Gemeinde zeigt an, im Hause wohnen bleiben zu wollen und dieses als Wechselstelle anzupreisen: Kommt her als Sünder und geht mit vergebendem Zuspruch.

- Aus sozial-ethischer Sicht: Bauverantwortung an den Kirchen ist eine Daueraufgabe und kommt einem **Generationenvertrag** gleich. Diese aktiv wahrzunehmen, ist Lernziel jeder neuen Generation.

- Aus der Sicht des Staates:

Zu den Besonderheiten der staatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gehört, daß sie auf weltanschaulichen Voraussetzungen basiert, die sie nicht selbst schaffen kann. Ungeachtet der Trennung von Staat und Kirche sind es die Wertsetzungen vermittelt eines christlichen Menschenbildes im Grundgesetz. Es gibt gute politische, kulturelle und sozial-psychologische Gründe, an diesem **Wertekodex** festzuhalten.

Der demokratische Rechtsstaat wird abwägen müssen, wie er es künftig mit den christlichen Wurzeln seines Daseins hält, ob die gesellschaftlichen Beziehungen nach christlichen Tugenden oder zunehmend nach ihrem Geldwert entfaltet werden.

„Sollten die christlichen Werte weiter an öffentlicher Wirksamkeit verlieren, würde damit ein Wandel einhergehen, der unserem liberalen Staatswesen die Lebensgrundlagen entzieht“ (Hähle).

Um die an der christlichen Botschaft orientierten Lebensmaximen im Gemeinwesen immer wieder für die gesellschaftliche Entwicklung zu aktivieren, bedarf es des Gebäudes Kirche. Dies ist obendrein durch unsere Landesverfassung als Eigentum der Allgemeinheit definiert und deshalb erhaltungspflichtig.

- Aus kommunaler Sicht:

Ob in Dorf oder Stadt - die Kirche ist ausnahmslos unverzichtbarer Teil der örtlichen Kulturlandschaft. Sie ist dominante und die Ortssilhouette mitbestimmendes Bauwerk.

Außerdem ist die Kirche zumeist das älteste Gebäude im Ort, Traditionsträger, Dokument der weiterwirkenden Orts-, Kirchen- und Kulturgeschichte. Sie ist in mehrfachem Wortsinn über sich selbst hinausweisender *genius loci*. Die Kirche ist ein wesentliches **Stück Heimat**, lebenswichtig, erfahren wir doch täglich: Wer entwurzelt ist, ent-wurzelt!

- Aus denkmalpflegerischer Sicht:

Erst über ihre Widmung hinaus sind Kirchen auch **Denkmale**, „Sehenswürdigkeiten“. Sie sind bewahrenspflichtige gegenständliche Zeugnisse früherer Handwerkskunst und künstlerischer Gestaltung, materialisiertes Gedächtnis.

Dennoch: Die Denkmalschutzgesetze allein gewährleisten die Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler nicht!

Folgerungen und Forderungen

Die Öffentlichkeit ist ideeller Miterbe an den uns überkommenen Kirchgebäuden. Erbgemeinschaft bedeutet Verantwortungsgemeinschaft. Dies um so mehr, als die Kirchengemeinde nur noch eine Minderheit der Bewohner eines Ortes ausmacht, die allein das bedeutsame gemeinsame Bauerbe nicht mehr

erhalten kann. Deshalb ist wesentliche Mitfinanzierung der Öffentlichkeit für kirchbaulich-denkmalpflegerische Leistungen unverzichtbar. Schließlich wurden die Kirchen einst auch von der ganzen Einwohnerschaft errichtet.

Schon die Fachtagung 1995 zur Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler hat mit dem dort verabschiedeten **Dresdner Appell** gleiche Forderungen erhoben. Für die Gesellschaft und deren Kultur und nicht zuletzt auch für Wirtschaft und Politik stehen unverzichtbare, aber eben sehr gefährdete Werte auf dem Prüfstand.

Baustrategisch sind die gegenwärtig nicht annähernd bedarfsgerecht verfügbaren Gelder auf Sicherung und Mindestnutzbarkeit der Kirchgebäude zu konzentrieren. Selbst denkmalpflegerischen Erwartungen kann nicht mehr an jedem Objekt voll entsprochen werden.

Die unverzichtbare Finanzunterstützung durch die öffentliche Hand wird trotz zahlreicher anderer Prioritäten um so leichter zu erwirken sein, je intensiver eine Kirche über den Gottesdienst hinaus **durch die Öffentlichkeit genutzt** wird.

Soweit widmungsverträglich müssen wir ermöglichen, daß in unseren Kirchen auch Künstler interpretieren, Schriftsteller predigen, Politiker verkündigen, Musiker jazen, Pädagogen unterrichten, das Gaststättengewerbe beköstigt, die Öffentlichkeit diskutiert und feiert usw. Macht hoch die Tür, die Tor macht weit!

Zusammenfassung

Kirchen sind weder Immobilien im üblichen Sinn, noch haben sie ein Verfallsdatum. Vielmehr ist Erbebewahrung kirchlicher Kulturdenkmäler der geistig-kulturellen und damit politischen Zukunft des Landes geschuldet, weil geistige Bindung an die gemeinsame Kultur die Identität unserer Nation prägt. Deshalb muß ein **gesellschaftlicher Konsens** zur Erschließung neuer Wege für die Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler gefunden werden. Dabei erscheinen prüfenswert:



Die gesamte Dachkonstruktion der Dorfkirche in Lomnitz im Kirchenbezirk Kamenz ist akut gefährdet. Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens bittet herzlich um eine Spende auf das Konto:

Landeskirchliche Kreditgenossenschaft
Sachsen e.G. Dresden
Stichwort: Dorfkirche in Lomnitz
Konto-Nr.: 100080028
BLZ: 85095164

Wegen abfallenden Putzes wurde ein Netz gespannt.

- Verzicht des Staates auf die Mehrwertsteuer bei Maßnahmen zur Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler. Gegenwärtig entsprechen die staatlichen Zuwendungen für denkmalpflegerischen Mehraufwand etwa der insgesamt zu entrichtenden Mehrwertsteuer.

- Die staatlichen Forderungen auf Komplementärfinanzierung durch Einnahmen als Voraussetzung für staatliche Zuschüsse müssen sich realistisch an den tatsächlichen kirchgemeindlichen Finanzierungsbedingungen orientieren.

- Wirksame finanzielle Mitwirkung des Bundes und der Länder in der Stiftung zur Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler in Deutschland wäre höchst sachdienlich.

- Die Vorgabe von Orientierungshilfen des Bundes für die Kommunalverwaltungen zur Unterstützung von Kirchbauverordnungen.

Der Resignation begegnen und Hoffnung verbreiten

Die Kirche muß „im Dorf“ bleiben! Das wird jedoch nur gelingen können, wenn Kirchgemeinden und Öffentlichkeit mit dem langen Atem einer Jahrhundertaufgabe und einer in Hoffnung gegründeten Leidenschaft sich ausbreitender Resignation begegnen.

Es lohnt! Denn fakta und futura der Kirchbauten repräsentieren Bleibendes. Sie vermitteln konstitutive Wirkungen für unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat. Und angesichts der Probleme der Weltordnung dürften Kirchen und Kirchbau noch vor ihrer größten historischen Herausforderung stehen. ■

Anm.:

Oberkirchenrat Dr.-Ing. habil. Ulrich Böhme ist Baureferent der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens.

Christen in der Politik

Erwin Teufel

Wir leben in einer Zeit perfekter Mittel und verworrener Ziele“, hat der große Physiker Werner Heisenberg einmal gesagt. Unsicherheit und Leiden an einem scheinbar sinnlosen Leben sind weit verbreitet. Überall brechen Fragen nach dem Ziel unseres Lebens und Handelns, nach Orientierung und Sinn auf. In dieser Situation ist es die wichtigste Aufgabe überhaupt von Christen in Politik und Gesellschaft, Zeugnis von ihrer Hoffnung zu geben.

Verantwortung wahrnehmen

Die christliche Botschaft sagt uns, daß wir **Grund zur Hoffnung** haben, weil es nicht allein auf uns ankommt, weil wir nie alleingelassen sind: Wir dürfen dem Leben trauen, „weil Gott es mit uns lebt“ (Alfred Delp). Diese Gewißheit entbindet uns nicht von unserer eigenen Verantwortung. Sie gibt uns vielmehr den Mut, Verantwortung wahrzunehmen - obwohl es immer wieder Rückschläge gibt und obwohl Christen oft genug nicht mit gutem, sondern mit schlechtem Beispiel vorangegangen sind.

Angesichts einer Vergangenheit, in der Christen in der Politik (und auch sonst) oft nicht „besser“ oder „menschlicher“ gehandelt haben als andere, ist es gewagt, von einem besonderen Beitrag der Christen zu Politik und Weltgestaltung auszugehen. Es wäre selbstgerecht, würden die Christen einen Alleinvertretungsanspruch auf Menschlichkeit erheben.

Auf der anderen Seite hat sich – gerade in der Geschichte dieses Jahrhunderts – mehr als deutlich gezeigt, wie gefährlich nah menschliche Selbstüberschätzung und der Absturz in die unmenschlichste Barbarei beieinander liegen.

Christen sollten sich in Gesellschaft und Politik nicht als etwas Besonderes und erst recht nicht als etwas Besseres fühlen. Aber sie sollten mit **Überzeugungskraft** in der geistigen Auseinandersetzung **aufreten** und in der alltäglichen Wirklichkeit die Bewährungsprobe geben, daß die christliche Botschaft auch heute und in Zukunft für den Menschen in allen seinen Lebensbereichen etwas Besonderes und etwas unüberholbar Wichtiges ist. „Nur wo das Wissen vorausgesetzt ist: Gott nimmt den Menschen so ernst, daß zu seiner Rettung er selbst Mensch geworden ist, nur da hat ein Mensch, jeder Mensch, einen unendlichen Wert“ (Ulrich Wilckens).

Diese Überzeugung ist nicht nur eine schöne Theorie, sondern sie hat unmittelbare Folgen in allen Bereichen politischen und gesellschaftlichen Handelns. Die Durchsetzung der Grund- und Menschenrechte wäre nicht denkbar ohne die Inspiration durch die christliche Botschaft. Der Widerstand gegen die totalitären Diktaturen unseres Jahrhunderts wäre nicht vorstellbar ohne den entscheidenden Beitrag politisch engagierter Christen. Und es ist auch unter den Bedingungen des weltanschaulich neutralen Staates alles andere als belanglos, von welcher Grundüberzeugung aus politisch und gesellschaftlich gehandelt wird.

Für andere dasein

Wenn wir unser Zusammenleben menschenwürdig und lebenswert gestalten wollen, brauchen wir möglichst viele Menschen, die bereit sind, für andere dazusein. Wenn wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten wollen, brauchen wir möglichst viele Menschen, die Achtung vor der Schöpfung haben. Wenn wir Armut und Unterdrückung in der Dritten Welt wirkungsvoll bekämpfen wollen, brauchen wir möglichst viele Menschen, für die Näch-

stenliebe und Bereitschaft zum Teilen keine Fremdwörter sind. Wenn wir unter den Bedingungen einer fast grenzenlosen technischen Machbarkeit jedes menschlichen Lebens, auch ungeboresenes und altes, krankes und behindertes, schützen wollen, dann brauchen

wir möglichst viele, die von der Würde des Menschen als Ebenbild Gottes überzeugt sind.

Mit anderen Worten: Unser Gemeinwesen braucht, wenn es menschlich bleiben soll, möglichst viele Christen, die

sich nicht nur innerhalb ihrer Kirche, sondern in Politik und Gesellschaft engagieren. Je mehr, desto besser. ■

(aus: *Salzkörner/Materialien für die Diskussion in Kirche und Gesellschaft, Nr. 2/98*)

Parteien und Kirche – ein Vergleich

Zu zentralen Fragen und Interessen der Kirche nehmen die politischen Parteien sehr unterschiedlich Stellung.

Ausschlaggebend für Wahlentscheidung am 27. September ist auch die Frage danach, in welcher Politik Christen sich und ihre Überzeugungen am besten wiederfinden. Denn sie und die Gemeinden, in denen sie zu Hause sind, engagieren sich – dem Verkündigungsauftrag entsprechend – auf vielen Feldern des öffentlichen Lebens: in Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten, bei der Betreuung alter und behinderter Menschen, mit Hilfen für Aussiedler, Flüchtlinge und Asylsuchende, in der Erwachsenenbildung.

Wie stehen die politischen Parteien zu den Großorganisationen Kirche, zu deren institutionellen, wirtschaftlichen und vor allem denjenigen Interessen, die sich aus dem christlichen Auftrag, dem kirchlichem Selbstverständnis und aus den geschichtlichen Bedingungen für das Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland ergeben?

Wichtige Kriterien für Antworten auf diese Frage: Die Haltung der Parteien:

- zu den Verträgen, die Landesregierungen mit den Kirchen abgeschlossen haben;
- zur Kirchensteuer und
- zum Religionsunterricht.

CDU und CSU

- bejahen und respektieren die Rechtsstellung der Kirchen, wie sie in Konkordaten und Staatskirchenverträgen festgeschrieben ist. Diese Verträge definieren die Kirchen als Partner des Staates und sichern die Rechte der Kirchen.
- bejahen uneingeschränkt die Finanzierung der Aufgaben der Kirchen mit dem Instrument der Kirchensteuer.
- sie treten dafür ein, daß der Religionsunterricht in – Übereinstimmung mit den Lehrmeinungen der Kirchen – als ordentliches Lehrfach an den öffentlichen Schulen erhalten bleibt.

Die SPD

- schweigt zu den Themen Staatskirchenverträge und Kirchensteuer.
- widersprüchlich ist ihre Position zum Religionsunterricht. In den Länder, in denen die SPD für die Schulpolitik verantwortlich ist, gibt es beides: Erteilung des Religionsunterrichts im Sinne des Grundgesetzes, aber auch Abschaffung des Religionsunterrichts. Seit 1996 ersetzt in Brandenburg das Fach „Lebensgestaltung – Ethik – Religion“ (LER) als Pflichtfach den herkömmlichen Religionsunterricht. Überdurchschnittlich hoher Unterrichtsausfall führt in anderen SPD-regierten Ländern dazu, daß für viele Kinder und Jugendliche der Religionsunterricht entfällt. Um sich der Verpflichtung zu entziehen, Religionsunterrichts-Stunden, wie es Grundgesetz und der schleswig-holsteinische Staatskirchen-

vertrag verlangen, nachzuweisen, hat das SPD-Kultusministerium in Kiel kurzerhand die Statistik über den Unterrichtsausfall abgeschafft.

Bündnis 90/Die Grünen

- wollen die Staatskirchenverträge kündigen,
- die Kirchensteuer schrittweise abschaffen und
- den Religionsunterricht durch einen religions- und lebenskundlichen Unterricht für alle Kinder ersetzen. Ein solcher Unterricht, „der dem kulturellen Wandel in der Gesellschaft Rechnung trägt“, wäre gleichbedeutend mit der Ausdehnung des brandenburgischen Faches LER auf das ganze Bundesgebiet.

In den neuen Bundesländern hat die Haltung der Parteien zu den Kirchen besonders weitreichende Folgen. Bei rückläufigen Kirchensteuereinnahmen wäre mit einer Abschaffung des Instruments der Kirchensteuer sogar die Weiterbeschäftigung kirchlicher Mitarbeiter gefährdet. Die Kirchensteuer sichert nicht nur kirchliche Arbeitsplätze, sondern auch die Erfüllung wichtiger Aufgaben der Diakonie und Caritas.

Die FDP

- hat in ihren bis heute nicht widerrufenen Kirchenthesen („Freie Kirche im freien Staat“) die Aufhebung der Staatskirchenverträge und die Abschaffung aller kirchlichen Rechte aus der Verfassung und den Staatskirchenverträgen, also der Kirchensteuer und des konfessionellen Religionsunterrichts gefordert.

(Ein Vergleich – erarbeitet vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU-Schleswig-Holstein)

Leserbriefe

Betr.: EV 4/98:
**„Das bundesdeutsche
 Modell des Verhältnisses
 von Staat und Kirche“**

Prof. Dürig, Tübingen, schreibt in seiner „Einführung zum Grundgesetz“, dieses sei eine „ganz bewußte historische Reaktion auf den Hitlerstaat und die Weimarer Epoche“. Von daher ist nicht nachvollziehbar, was von Campenhausen in seinem Artikel an einer Stelle ausführt, wo er vom „Recht der Muslime“ auf einzelne Institutionen, z.B. den Religionsunterricht an staatlichen Schulen spricht.

Die Präambel des Grundgesetzes meint mit der „Verantwortung vor Gott“ im ausdrücklichen Widerspruch zur NS-staatlichen Auffassung vom arisierten Gott „Vorsehung“ den Gott der Bibel und damit im Art. 7 (3) dann auch den ‚christlichen‘ Religionsunterricht. Dies drücken ja wörtlich auch einzelne Landesverfassungen so aus. Nur Brandenburg schert hier mit seinem LER aus. Wenn dieses Ausscheren verfassungswidrig ist, dann wäre auch die Einrichtung eines islamischen RU an unseren Schulen verfassungswidrig.

Doch braucht wohl gar nicht erst die Parallele zu LER gesucht zu werden. Die Bezugnahme auf Art. 137 WRV scheint dem Buchstaben nach gerechtfertigt zu sein, kann es aber im Sinne von v. Campenhausen aus den erwähnten historischen Gründen nicht. ■

*Gerhard Dörr
 Eichenhang 129
 39075 Ulm*

Betr.: EV 5/98:
**Die kulturgeschichtliche
 Bedeutung der Kirchen in
 Mecklenburg-Vorpommern**

Der Artikel schildert die bedenkliche Situation von rd. 30% der Kirchengebäude in Mecklenburg-Vorpommern und die unzureichende Bereitstellung von Denkmalspflegemitteln zur Instandsetzung.

Den Ausdruck „Fördersummen von 5% des Gesamtvolumens der Landeskirchen sind angesichts der Aufgabenstellung und des Bedarfs völlig unzureichend, ja „geradezu skandalös“ und stehen immer öfter im Widerspruch zu den von der Denkmalspflege erhobenen Forderungen.“ finde ich jedoch anmaßend und überzogen.

Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß solch ein großer Anteil von Kirchengebäuden in so desolatem Zustand ist, aber wer hat denn das zu verantworten?

40 Jahre Verfall und Nichtstun kann man nicht in wenigen Jahren wiedergutmachen. Und dann sind doch wohl in erster Linie die Mecklenburg-Pommersche Landeskirche und die ihr angehörenden Christen gefragt, um das Übel zu beheben.

Wenn natürlich nur noch 25% der Bevölkerung zur Kirche steht, ist das eine schier unlösbare Aufgabe. Aber was tut die Kirche, um dieses Übel zu beheben?

Vielleicht müßte man doch mehr an die Bevölkerung dort – allen Unbilden zum Trotz – appellieren, sich zur Selbsthilfe bereitzufinden, um die alten Kirchen nicht

verfallen zu lassen. Lassen sich nicht viele auch wieder für die Kirche zurückgewinnen? ■

*Klaus Voss
 Georg-Stang-Ring 20
 63913 Amorbach/Bay. Odw.*

Bücher

**Detlef Bald/Karl Martin
 (Hrsg.):
 Aufbruch nach der Wende,
 Militärseelsorge, Kultur-
 steuer und das Staat-Kirche-
 Verhältnis, Nomos-Verlag,
 Baden-Baden, 1997.**

Mit der deutschen Vereinigung sei eine Neuordnung des Staat-Kirche-Verhältnisses überfällig geworden, bedingt durch die entkirchlichten Verhältnisse in Ostdeutschland und den gesellschaftlichen Wandel im Westen. Aber leider hätten die Kirchen den Mut zur Veränderung nicht eingebracht. Das meint der Dietrich-Bonhoeffer-Verein, in dessen Auftrag der vorliegende Tagungsband erschienen ist.

Das jetzt „partnerschaftliche Verhältnis“ zwischen Kirche und Staat wird als einengend empfunden und kritisiert, auch das Subsidiaritätsprinzip für die kirchliche Arbeit im Sozialbereich.

Ohne Begründung im einzelnen wird behauptet, die Kirche müsse ihre Einbindung in staatliche Strukturen überwinden, um mehr „Eigenständigkeit und Eigenverantwortung“ (S. 28) zu gewinnen.

Helmut Simon, früher Bundesverfassungsrichter, fordert ein Ende kirchlicher Privilegien. Das Staat-Kirche-Verhältnis in einem weltanschaulich neutralen Staat soll künftig einzig auf der garantierten Religionsfreiheit als Menschenrecht und ihrer vollen Anwendung in unserem demokratischen Rechtsstaat aufbauen.

Im Blick auf die Kirchensteuer fordert Detlef Bald deren Umwandlung in eine Kultursteuer für alle. Wer das ablehnt, muß seinem Hinweis auf die ernste Akzeptanzkrise der Kirchensteuer dennoch zustimmen.

Auch für den Religionsunterricht wird Änderungsbedarf reklamiert, doch Einzelheiten fehlen ganz. Scheut man klare Worte, um nicht in die Nähe offen antikirchlicher Koalitionäre von PDS/FDP/Grüne und in der SPD zu geraten?

Was will der Dietrich-Bonhoeffer-Verein außer seiner alten Lieblingsidee, die angeblich zu staats- und bundeswehrende Militärseelsorge umzukrempeln, nun wirklich? Axel Noack, jetzt Bischof in Magdeburg, sagt erstaunlich offen, das große Problem der ostdeutschen Kirchen sei nicht das Staat-Kirche-Verhältnis, sondern das Geld. Recht hat er.

Und Karl Martin, der Vereinsvorsitzende, bekennt nebenbei selber, er möchte am gegenwärtigen Rechtsstatus der Kirchen bis auf weiteres nichts ändern. Wozu dann die vielen Worte? ■

Gerhard Arnold

■ Eigenverantwortung stärken, Werte leben

Bonn. Die verantwortungsbewußte Zukunftsgestaltung unserer Gesellschaft ist keine leichte Aufgabe, aber doch eine, die sich im Alltag Schritt für Schritt umsetzen läßt: wenn wir die richtigen Werte und ein realistisches Menschenbild haben. Das machte der Hauptreferent des EAK-Diskussionsforums, **Dr. Wolfgang Schäuble**, am 17. August im Bonner Wissenschaftszentrum deutlich. „Politik in Zeiten des Wandels steht vor einem Dilemma: Sie muß den veränderten Herausforderungen gerecht werden und zugleich das Bedürfnis der Menschen nach Stabilität, Berechenbarkeit und Kontinuität achten. Sie muß reagieren und gestalten, antreiben und beruhigen, erneuern und bewahren zugleich.“

Der EAK-Bundesvorsitzende, Minister **Jochen Borchert**, hatte in das Thema des Tages: „Die Zukunft der Gesellschaft – (k)eine alltägliche Aufgabe?!“ eingeführt. „Unsere Prägekraft für die Zukunft hängt wesentlich ab von stabilen Institutionen und gelebten Inhalten. Und darum dreht sich auch unser heutiges Diskussionsforum:

Welche Rolle spielen Staat, Kirche und vor allem die Familie für die Zukunft?“

Im zweiten Teil des Nachmittags ging es um die beiden Bereiche „Erziehung“ und „Familie“. Moderiert von der Erfurter Ministerin **Christine Lieberknecht**, plädierten **Dr. Gerhard Fels** aus Bonn und die hessische Landtagsabgeordnete **Karin Wolff** für ein „Ja zur Erziehung“ auch in der Schule. Dr. Fels sprach sich für eine konsequente Glaubwürdigkeit in der Erziehung aus. Die Schule lebe von den Verhaltensweisen, die die Eltern ihren Kindern mit auf den Lebensweg gäben. „Im Mittelpunkt der Schule muß Unterricht stehen, und nicht Betreuung“, meinte Karin Wolff. Die Schulen müßten genügend Zeit bekommen für eine gute Wissensvermittlung. Die Schüler bräuchten diese Basis für spätere Offenheit und lebenslanges Lernen. Eine „Grundsicherheit“ könne nur das Elternhaus geben. Karin Wolff setzte sich für den Erhalt des Klassenverbandes und des Religionsunterrichtes ein, um grundlegende Werte vermitteln zu können.

Der sächsische Sozialminister **Dr. Hans Geisler** sagte, die Familie, Mutter und Vater seien unerlässlich, damit die Kinder „Sozialkompetenz“ und er-



Über „die Zukunft der Gesellschaft“ sprachen Dr. Wolfgang Schäuble und der EAK-Bundesvorsitzende Jochen Borchert

Der EAK-Ludwigsburg lädt ein:

am 20. Oktober 1998, 19.30 Uhr
im Turnerheim Marbach, Schillerhöhe

Diavortrag mit Gespräch:
„Die Programmierung unserer Kinder –
Widerchristliche Einflüsse durch Schriften,
Spielsachen und Lehrmittel“

Richard Wiskin, Bildungsreferent

Anmeldung bei: Ulrich Hirsch, Telefon: 0 70 46/26 32

weitert „Daseinskompetenz“ lernten. Glaubwürdigkeit und Vertrauen, die Einheit von Reden und Handeln bei wenigen festen Bezugspersonen seien bei kleinen Kindern ganz wichtig. Der Zivildienstbeauftragte der Bundesregierung, **Dieter Hackler**, erinnerte an die „Pflicht“ der Eltern nach dem Grundgesetz zur Pflege und Erziehung ihrer Kinder. Besonders die Väter müßten sich stärker in der „wunderbaren und erfüllenden Aufgabe“ der Kindererziehung engagieren. „Die Förderung der Familie sichert die Humanität und Zukunftsfähigkeit unseres Landes!“, sagte Dieter Hackler abschließend unter starkem Beifall. ■

Andreas Permien

■ Neuwahlen beim EAK der CDU Kleve

Kleve. Auf der turnusgemäßen Mitgliederversammlung konnte der stellvertretende Vorsitzende des EAK Kleve, **Dirk Züter**, neben den Mitgliedern auch den Bezirksvorsitzenden des EAK Niederrhein **Dirk von Hahn** begrüßen.

Dirk Züter würdigte die außergewöhnlichen Verdienste und Leistungen von **Ernst Otto Schumann** und **Helmut Riek**.

Die Neuwahlen erbrachten folgendes Ergebnis: Vorsitzender: **Dirk Züter**, Stellvertreter: **Eva-Maria Koetz** und **Friedhelm Mühlenhoff**; als Beisitzer: **Edith Graef**, **Hans-Eckart Bomblat**, **Peter Hohl** und **Horst Jeromin**. ■

■ EAK der CDU Frankfurt hat gewählt

Frankfurt. **Hella Welker**, bisher Stellvertreterin, übernahm den Vorsitz von **Brigitte Babbe**, die als Beisitzerin im Vorstand verbleibt.

Stellvertretende Vorsitzende: **Christof Warnke**, Pfarrer, und **Markus Scholz**. Beisitzer wurden **Hilde Krauß**, **Arndt-Peter Koepen** und **Dr. Alfred Pfeil**.

Es schloß sich ein Vortrag zum Thema „Johann Hinrich Wichern – Diakonie als Christentumspolitik“ von dem Geschäftsführer des Diakonischen Werkes von Hessen und Nassau, Pfarrer **Dr. Dr. Jürgen Albert** an. ■

■ Aus christlicher Verantwortung: Politik für die Menschen

Der EAK und die FU-Coesfeld laden ein:

„Familienpolitik aus christlicher Verantwortung“ mit: **Werner Jostmeier, MdL, Dülmen**

17. 9. 98, 20 Uhr
Gaststätte Haus Greskamp, Funnenkampstr. 59399 Olfen

Infos unter Telefon:
025 41/98 17 38

Wuppertal. Unter diesem Motto fand in Wuppertal die 13. Landesdelegiertentagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU NRW statt. Im Mittelpunkt der Tagung stand eine öffentliche Veranstaltung mit dem Landesvorsitzenden der nordrhein-westfälischen CDU, Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm**, und dem Generalsekretär **Peter Hintze**.

Norbert Blüm rief in seiner kämpferischen Rede die CDU zur Geschlossenheit auf und forderte alle in der CDU auf, ihre „ganze Kraft dem politischen Gegner“ zu widmen und sich mit „Schröder und Lafontaine“ auseinanderzusetzen.

Generalsekretär Peter Hintze betonte in seiner Rede, die CDU sei die einzige politische Kraft, „die ja sage zur Kirchensteuer, zum Religionsunterricht und zum christlichen Menschenbild“. An die evangelische Kirche richtete Peter Hintze die Bitte, daß sie Radikale mit gleicher Intensität bekämpft, „egal ob

sie von rechts oder links kommen“.

■ Zu aktuellen Strömungen in Gesellschaft und Kirche

Kaiserslautern. Das Forum des Westens des Ortsverbandes Bännjerrück der CDU Kaiserslautern und der EAK unter Vorsitz von **Klaus-M. Wilhelm** führten eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung zu aktuellen Strömungen in Gesellschaft und Kirche durch.

Dr. Richard Ziegert, Mitglied des EAK-Landesvorstandes Rheinland-Pfalz und Beauftragter der evangelischen Kirche der Pfalz für Weltanschauungsfragen, lieferte durch seine Thesen zu unserer heutigen geistigen Landschaft jede Menge Zündstoff für eine engagiert geführte Diskussion des Publikums. ■

■ „Totale Macht über die Menschen“

Worms. „Zwischen Resignation und Selbstbehauptung. Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Fokus der Staatssicherheit“, so der Titel der Veranstaltung, zu der der Evangelische Arbeitskreis der CDU Worms geladen hatte.

Dessen Vorsitzender, **Ulrich Oelschläger**, führte mit einem provokativen Zitat ins Thema ein: „Machen wir die Akten zu oder treiben wir weiter Vergangenheitsbewältigung?“

Die vier Referenten, darunter Tagungsleiter **Dr. Kasten Dümmel** von der KAS Leipzig, stammten ausnahmslos aus dem ehemaligen „real existierenden Sozialismus“ der DDR. Authentisches Material war damit vorgegeben.

Renate Ellmenreich von der „Gauck-Behörde“ Gera geht davon aus, daß ohne Aufarbeitung der Vergangenheit keine Zukunft erwachsen kann. ■

Der EAK - Region Karlsruhe lädt ein:

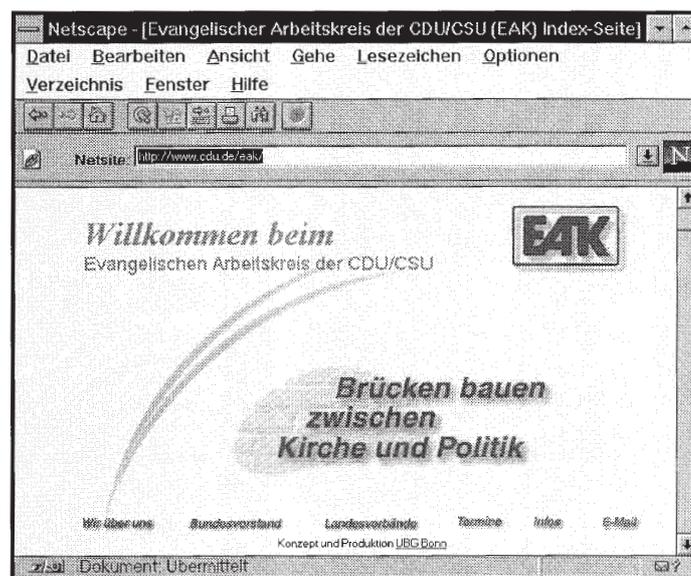
4. Diskussionsrunde „Politik und Kirche im Dialog“

Freitag, 16. Oktober 1998, 19 Uhr
Kolpinghaus, Karlstr. 115, 76137 Karlsruhe

„Verhältnis von Staat und Kirche in der EU“

Vortrag: Oberkirchenrat Prof. Dr. Jörg Winter, Karlsruhe

Podium: Diemut Theato, Europaabgeordnete, Neckargemünd
Kirchenrat Albert Roth, Pforzheim



■ Unter <http://www.cdu.de/eak> finden Sie das Angebot des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Auch einzelne EAK-Landesverbände sind schon über uns zu erreichen. Über

■ Gedanken zum 100. Todestag des Reichskanzlers

Bremervörde. Vor 100 Jahren starb in Friedrichsruh im Sachsenwald der Gründer und erste Reichskanzler des zweiten deutschen Reiches, Otto von Bismarck.

Diesen Termin nahm der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Landkreis Rotenburg, unter der Leitung von **Albert Rathjen**, zum Anlaß, den Urenkel des legendären Politikers, **Ferdinand Fürst von Bismarck**, einzuladen, um über Leben und Werk seines Urgroßvaters in einem

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5 44-305/6 · Fax 5 44-5 86 · Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!



Wort zur Bundes- und Landtagswahl 1998

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Schwestern und Brüder,

wir sind aufgerufen, am 27. September den Deutschen Bundestag und den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns neu zu wählen. Acht Jahre nach der deutschen Einigung steht unsere Gesellschaft weiterhin vor schwierigen Aufgaben:

- Es gilt, jungen Menschen, auch in unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, durch sichere Lehr- und Ausbildungsplätze gute Aussichten für die Zukunft zu eröffnen.
- Für möglichst viele Menschen muß ein Arbeitsplatz und damit ein existenzsicherndes Einkommen geschaffen und erhalten werden.
- Das Netz der sozialen Sicherheit ist, verbunden mit der nötigen Eigenverantwortung, so zu gestalten, daß es auch am Anfang des neuen Jahrtausends tragfähig bleibt.

Viele Menschen halten diese Aufgaben für unlösbar, glauben dem Versprechen der Politiker der demokratischen Parteien nicht mehr und sind versucht, sich überhaupt nicht an den Wahlen zu beteiligen. Andere wollen die Wahl benutzen, um Denkmäler zu verteilen. Das ist gefährlich für die Demokratie und vergrößert die Übel. Die deutsche Parteiendemokratie ist trotz ihrer offensichtlichen Mängel menschlicher und vertrauenswürdiger als jedes System, das ungetrübtes Glück auf Erden – unter welcher Bezeichnung auch immer – verspricht und oft genug ins Elend führt, wie Beispiele unserer deutschen Geschichte zeigen. Wer das Grundgesetz verachtet, der zerstört mehr, als er imstande ist zu geben. ...

Von den Kandidatinnen und Kandidaten, sie sich zur Wahl stellen, erwarten wir, daß sie in ihren Äußerungen die **Würde des politischen Gegners achten**. Wer sich im Wahlkampf auf Kosten des Rufes anderer ins rechte Licht setzen will, verdient nicht gewählt zu

werden. Menschlichkeit zu fördern und die Menschenwürde aller zu achten und zu wahren, ist unser aller Aufgabe. Wir wiederholen, was wir auch 1994 gesagt haben: „Unterstützen Sie bitte **keine extremen Parteien und Gruppierungen rechts und links**. Die Verwandtschaft zwischen ihnen ist größer und bedrohlicher als die Unterschiede. Wer das Recht mißachtet, ist unberechenbar und verdient kein Vertrauen.“ In diesem Jahr fügen wir hinzu: „Entziehen Sie sich nicht der Verantwortung der demokratischen Mitgestaltung. Beteiligen Sie sich an der Bundes- und Landtagswahl.“

Mit Segenswünschen

Landesbischof Hermann Beste (Schwerin)
Bischof Eduard Berger (Greifswald)
Georg Kardinal Sterzinsky (Berlin)
Weihbischof Norbert Werbs (Schwerin)

Unsere Autoren:

Dr. Wolfgang Schäuble, MdB Bundeshaus 53113 Bonn	Jochen Borchert, MdB Bundesminister Friedrich-Ebert-Allee 73-75 53113 Bonn	Barbara Stamm, MdL Staatsministerin Winzererstr. 9 80979 München	Rainer Thun Ev. Presseverband Nord Postfach 2060 24019 Kiel	Dr. Ulrich Böhme Kirchliches Bauamt Lukasstr. 6 01069 Dresden	Erwin Teufel, MdL Ministerpräsident Richard-Wagner-Str. 15 70184 Stuttgart
---	---	---	--	--	---